



SPD-Fraktion Landau · Karl-Sauer-Straße 8 · 76829 Landau

PRESSEMITTEILUNG DER SPD-STADTRATSFRAKTION

## **SPD fordert gezielte Maßnahmen gegen Tapinoma magnum und stellt Antrag zur Anschaffung eines Heißwassersprühgeräts**

Die SPD-Stadtratsfraktion Landau fordert einen konsequenten, aber ökologisch verantwortungsvollen Umgang mit der invasiven Ameisenart Tapinoma magnum, die sich zunehmend auch in Landau und Umgebung ausbreitet. Nach einer Ortsbegehung in Godramstein und dem Austausch mit Fachleuten setzt sich die Fraktion für ein strukturiertes wie auch transparentes Vorgehen auf wissenschaftlicher Basis und im Austausch mit bereits betroffenen Kommunen ein.

„Wir begrüßen, dass nun auch die Verwaltung den Ernst der Lage erkannt und eine Meldestelle eingerichtet hat. Das genügt aber nicht. Vielmehr braucht es gezielte Maßnahmen und eine konkrete Strategie zur Eindämmung der Tapinoma magnum“, erklärt Jennifer Braun, Vorsitzende der SPD-Stadtratsfraktion. Bereits am 20. Mai 2025 hatte die SPD das Thema auf die Tagesordnung des Stadtrates gebracht und war damals genauso wie die Betroffenen von Verwaltung und den übrigen Fraktionen belächelt und auf eine Sitzung des Hauptausschusses vertröstet worden. Erst nach einem öffentlichen Vor-Ort-Termin am 12. Juni 2025 kam Bewegung in die Angelegenheit.

„Die bisherigen Erfahrungen aus Baden-Württemberg und pfälzischen Nachbarkommunen zeigen, dass eine flächendeckende Bekämpfung mit Pestiziden nicht nur ökologisch bedenklich, sondern auch wenig erfolgversprechend ist“, betont Klaus Eisold, stellvertretender Fraktionsvorsitzender, der hierzu mit Verantwortlichen der Stadt Kehl Kontakt aufgenommen hat. Neben einer systematischen Erfassung der Fundstellen mit anschließender Dokumentation und Kartierung der Ausbreitung ist es wichtig, dass Anwohnende und Kommune bei der Bekämpfung der Ameisenart gemeinsam vorgehen. „Denn mit Insektizid, die letztlich nur zu einer Verdrängung auf die angrenzenden Grundstücke führen, ist niemandem geholfen“, so Eisold. In Kehl konnten durch den gezielten Einsatz des Heißwassersprühgeräts mit fast 100 Grad heißem Wasser bereits zahlreiche Kolonien erfolgreich eingedämmt werden.

Auch wenn wir an der RPTU Landau glücklicherweise einen Experten haben, welcher der Stadt bereits Hilfe zugesagt hat, erscheinen der SPD weitere Kooperationen etwa mit dem wissenschaftlichen Tapinoma-Projekt des Karlsruher Naturkundemuseums in Person von Dr. Manfred Verhaagh sowie Erfahrungsaustausche mit Kommunen wie dem baden-württembergischen Kehl oder spezialisierten Schädlings-bekämpfungsfirmen sinnvoll. In diesem Zusammenhang sollte auch die Anschaffung eines Heißwassersprühgeräts nach dem Modell Kehl und Schutterwald geprüft werden, das auch zur Unkrautbekämpfung genutzt werden kann.



SPD-Fraktion Landau · Karl-Sauer-Straße 8 · 76829 Landau

„Nach den vielen Gesprächen mit den Betroffenen in Godramstein ist die Stadt gefordert für klare Strukturen und transparente Maßnahmen zu sorgen, die zur Eindämmung der Tapinoma magnum unter Einbeziehung von Fachleuten führen“, unterstreicht Magdalena Schwarzmüller, die von Anfang an in intensivem Kontakt mit den Menschen in Godramstein stand und bis heute steht.

Dazu gehört aus Sicht der SPD-Fraktion auch eine entsprechende Aktualisierung des städtischen Informationsflyer, der teils veraltete Informationen und keine konkreten Handlungsempfehlungen enthält. „Die Eindämmung dieser invasiven Ameisenart kann nur gemeinsam gelingen und die Verwaltung ist auch angesichts möglicher Folgen für die öffentliche Infrastruktur in der Pflicht, aktiv zu werden“, so Fraktionsvorsitzende Jennifer Braun abschließend, die damit auf durch die Ameise verursachte Strom- und Internetausfälle in Kehl hinweist.

Aus diesem Grund hat die SPD-Stadtratsfraktion auch einen Prüfantrag zur Anschaffung eines Heißwassersprüngerätes für die kommenden Haushaltsberatungen 2026 gestellt, der am 1. Juli 2025. Analog zur Stadt Kehl soll das Gerät, das sich bisher als wirksam zur Eindämmung der Tapinoma magnum erwiesen hat, auch Betroffenen zum Einsatz auf ihren eigenen Grundstücken zur Verfügung gestellt werden.